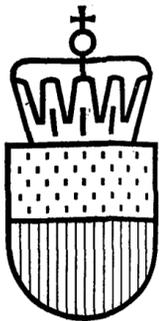


Liechtensteiner Volksblatt

Verlagspreise: Inland und Schweiz jährlich Fr. 18.—, halbjährlich Fr. 9.50, vierteljährlich Fr. 4.80. Ausland jährlich Fr. 36.—, halbjährlich Fr. 18.—.
Bestellungen nehmen entgegen: Die Postämter und die Verwaltung des Liechtensteiner Volksblatt in Vaduz, Altenbachstrasse, Tel. (075) 221 43, Postcheckkonto IX 2988 St. Gallen. Redaktion: Vaduz, Commerzhaus, Telefon (075) 213 94. Druck: Buchdruckerei Gutenberg, Schaan, Liechtenstein



Amtliches Publikationsorgan

des Fürstentums Liechtenstein

Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeter-Zeile: Anzeigen Reklame
Inland 10 Rp. 25 Rp.
Angrenzendes Rheintal, Sargans bis Sennwald 12 Rp. 27 Rp.
Schweiz 13 Rp. 29 Rp.
Uebrigtes Ausland 15 Rp. 33 Rp.
Anzeigenannahme: Für das Inland, Verwaltung in Vaduz, Telefon 221 43. Für das Rheintal, die Schweiz und das übrige Ausland «ASSA» Schweizer Annoncen AG, St. Gallen, Telefon (071) 22 26 26 und übrige Zweiggeschäfte.

AZ Vaduz - Dienstag, 7. Mai 1963

Erscheint Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Samstag

97. Jahrgang — Nr. 68

Dr. Herbert Kleinschmidt:

Wirtschaftspolitik ohne Konzeption

Wir haben im vergangenen Monat, von der breiteren Öffentlichkeit kaum beachtet, zwei Daten passiert, die auf den ersten Blick vielleicht etwas willkürlich nebeneinander gestellt erscheinen, die aber als Marksteine des historischen Ablaufs bemerkenswert sind und zur Besinnung mahnen. Am 16. April waren 15 Jahre vergangen, seitdem 17 europäische Staaten, darunter auch die Schweiz, die OEEC, den Europäischen Wirtschaftsrat, ins Leben riefen. Bereits einen Monat später fand in Haag der Europa-Kongress statt, der sich die Aufgabe setzte, das jahrhundertalte Schengen nach einer politischen Einigung unseres Kontinents der Verwirklichung entgegenzuführen. Im Oktober des folgenden Jahres wurde auch die deutsche Bundesrepublik, die bis dahin durch die Militärregierungen im Wirtschaftsrat vertreten war, Mitglied dieser Organisation. Rückschauend dürfen wir heute den 16. April als Geburtsstag der europäischen Integration und als den Beginn jener Bestrebungen bezeichnen, die über den kontinentalen Zusammenschluss hinaus die atlantische Gemeinschaft zum Ziele haben. Nachdem sich 6 Partner des Wirtschaftsrates 1958 in der EWG, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, enger zusammengeschlossen hatten, erweiterte sich die OEEC 1961 unter dem Beitritt der Vereinigten Staaten von Amerika und Kanadas über den Atlantik hinweg zur OECD, der «Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung».

I.

Der Weg beider Institutionen ist bekannt. Während die OECD nach den bewährten Traditionen ihrer Vorgängerin die Arbeiten in ruhigen Bahnen, aber systematisch fortführte, entfaltete die EWG eine emsige, und wie es schien, über alle Erwartungen erfolgreiche Aktivität. Obschon die Einigung unter den «Sechs» nicht reibungslos verlief, verdiente ihr Wille, die Ziele des Römervertrages zu erreichen, Anerkennung, bis ihre Dynamik durch de Gaulles Einspruch gegen die Aufnahme Grossbritanniens in die EWG am 14. Januar hart gebremst wurde.

Das zweite «Jubiläum» fiel auf den 2. April. An diesem Tag trat der Ministerrat der EWG zu seiner 100. Sitzung zusammen. 22 Minister und Staatssekretäre waren erschienen, um die Krise, in der sich die Gemeinschaft gegenwärtig befindet, zu überwinden, ihre künftige Politik zu präzisieren und die Direktiven für die Kommission bei den kommenden Zollsenkungsverhandlungen im GATT, im Rahmen der sogenannten «Kennedy-Runde», festzulegen. Entgegen allen euphorischen Meldungen aus Brüssel wurden diese Arbeitsziele nicht erreicht. Man ging, ohne entscheidende Beschlüsse zu fassen, auseinander. Vor allem ist es nicht gelungen, den Gegensatz zwischen dem konzipierten weltoffenen Charakter der EWG und der Absicht Frankreichs, eine introvertierte Entwicklung zu seinen Gunsten zu forzieren, aus der Welt zu schaffen. Das macht den Tag so bemerkenswert und das Jubiläum so makaber. Vor 15 Jahren begann aus dem Nichts die Integration; aus den Ruinen des zerstörten Europas erwachsen damals lediglich vage Hoffnungen. Heute, da das glitzernde und schillernde Gerüst des neuen Europas emporragt, herrscht Rat- und Ausweglosigkeit in dem Bestreben,

ihm die festigende Verkleidung und den erfüllenden Gehalt zu geben. Die ganze Problematik wird aber erst richtig erkennbar werden, wenn demnächst im GATT die EWG mit der atlantischen Dimension konfrontiert und mit der Verantwortung für den Erfolg oder Misserfolg der Bemühungen um die Liberalisierung des Welthandels belastet wird. Die Fernsehrede de Gaulles am 19. April war dafür ein schlechtes Omen und bestärkte nur die ersten Besorgnisse. Im grossen ganzen wiederholte der General-Präsident lediglich seine gefährlichen Thesen vom 14. Januar. Er beharrte auf dem Ausschluss der Briten aus dem «Sechserclub», machte nicht das geringste Zugeständnis und erwähnte nicht einmal den Namen der Gemeinschaft. Damit ist die Integrationspolitik zum Stillstand verurteilt, wenn sich die übrigen fünf EWG-Partner nicht auf eine umwälzende Initiative besinnen und völlig neue Kräfte mobilisieren.

Einen Tag vor de Gaulles Radio-Monolog trafen sich Ost und West, Delegierte aus Europa, der Sowjetunion, den Vereinigten Staaten und anderen Ueberseeeländern sowie zahlreiche Vertreter internationaler Organisationen, zur XVIII. Session der ECE, der «Europäischen Wirtschaftskommission der Vereinigten Nationen», in Genf.

Im Mittelpunkt der Tagung steht, wie jedes Jahr, die Prüfung der wirtschaftlichen Situation in Europa. Als Diskussionsgrundlage dient dabei jeweils der vom Sekretariat der ECE erarbeitete «Economic Survey of Europe». Die diesjährige, wiederum sehr gründliche und aufschlussreiche Studie prognostiziert, gestützt auf die Berichte der Mitgliedländer, für die westeuropäischen Industriestaaten im laufenden Jahr keine wesentliche Veränderung der Wachstumsrate, nachdem sie 1962 um 1% auf

3,5% zurückgefallen war. In den EWG-Ländern wird ebenfalls eine gleichbleibende Zunahme des Sozialproduktes um 4,5% erwartet. Die Autoren des Survey schränken diese optimistische Voraussage allerdings etwas ein und bemerken erläuternd, dass die Industrie-Investitionen 1963 infolge der Konjunkturdämpfung vermutlich kräftiger reduziert werden, als aus den nationalen Prognosen hervorgeht. Von dieser rückläufigen Dynamik dürften ihrer Ansicht nach in erster Linie Deutschland, Frankreich und Belgien betroffen werden. In England könne zwar mit einer allgemeinen Erholung gerechnet werden, doch liegen die Auftragsbestände der britischen Kapitalgüterindustrien vorläufig immer noch wesentlich unter dem Stand von 1961. In allen westlichen Ländern wird sich jedenfalls das Schwergewicht generell von Expansions- auf Rationalisierungsinvestitionen verlagern. Dagegen ist mit Sicherheit anzunehmen, dass die Aufwendungen für nichtindustrielle Bauten sowie die Realeinkommen und damit auch der private Konsum weiter steigen werden. In diesem Zusammenhang mahnen die ECE-Experten, das Wachstum der Geldeinkommen stärker als bisher zu zügeln, um die Nachfrage zu dämpfen und den Preis- und Kostendruck zu mildern; andernfalls würde die expansive Wirtschaftspolitik unweigerlich in eine verhängnisvolle Inflation münden. Schluss folgt

Geschäftsbericht der Bank in Liechtenstein AG

In den letzten Tagen erschien der Geschäftsbericht der Bank in Liechtenstein für das Jahr 1962. Der Verwaltungsrat und die Direktion dieses für die liechtensteinische Wirtschaft so bedeutenden Finanzinstitutes begnügten sich erfreulicherweise nicht der Presse diesen Geschäftsbericht kommentarlos zur Verfügung zu stellen, sondern die Führung der Bank in Liechtenstein hielt es für angezeigt, diesen Geschäftsbericht anlässlich einer Presseorientierung zu erläutern. So folgten die Vertreter der liechtensteinischen Presse einer Einladung in den Sitzungssaal der Bank in Liechtenstein, wo sie vom Präsidenten des Verwaltungsrates, Adolf Raljen, und Direktor Wilhelm Fehr begrüsst wurden. Sowohl Verwaltungsratspräsident A. Raljen, als auch Direktor Wilhelm Fehr orientierten die Presse über den Geschäftsgang und die Entwicklung der Bank in Liechtenstein im abgelaufenen Jahr. Ueber die Entfaltung des Austro-Investment-Fonds, dessen Treuhänderin die Bank in Liechtenstein ist, orientierte Dr. Egmond Frommelt, während über die Arbeitsgemein-

Mitteilung des Pressedienstes der fürstlichen Regierung

25-Jahrfest der Regierungsantritts S. D. Fürst Franz Josef II.

Die Fürstliche Regierung hat das von der Kommission zur Vorbereitung der 25-Jahrfest der Regierungsantritts Seiner Durchlaucht des Landesfürsten vorgeschlagene Programm genehmigt.

Auf Grund eines Vorschlages der vorbereitenden Kommission hat die Fürstliche Regierung ebenfalls beschlossen, dieses Fest auf den 15. August, d. h. den Geburtstag Seiner Durchlaucht des Landesfürsten zu verlegen.

Das Programm sieht am Vormittag einen Festgottesdienst in der Pfarrkirche in Vaduz und daran anschliessend einen Empfang auf Schloss Vaduz vor, an welchem die Mitglieder der Fürstlichen Regierung, des Landtages und die Honoratioren Seiner Durchlaucht dem Landesfürsten ihre Glückwünsche überbringen werden.

Am Nachmittag wird Seine Durchlaucht der Regierende Fürst die ausländischen Vertreter auf Schloss Vaduz empfangen.

Der offizielle Festakt beginnt um 19.00 Uhr. Es werden daran der Gesamtchor der liechtensteinischen Gesangsvereine, die Harmoniemusik Vaduz mit Verstärkung durch Musikanten aus anderen Gemeinden, Delegationen aus allen Gemeinden, die Pfadfinder und Pfadfinderinnen teilnehmen.

Den Abschluss des Festaktes bilden das Feuerwerk und der Fackelzug der Pfadfinder und Pfadfinderinnen.

Anschliessend an den Festakt findet auf dem Marktplatz und im Vaduzer «Stättle» ein Volksfest statt.

Wegen der zur Verfügung stehenden relativ kurzen Zeitspanne musste von der Durchführung eines Festumzuges und eines Festspiels Abstand genommen werden.

schaft für Finanzstudien Dr. Herbert Kleinschmidt referierte. Wie die Führung der Bank weiter mitteilte, wurde in den Verwaltungsrat der Bank in Liechtenstein neu berufen: Alt-Regierungschef Dr. hc. Alexander Frick und Dr. Peter Marxer, Rechtsanwalt in Vaduz. Gleichzeitig gab der Präsident des Verwaltungsrates bekannt, dass die bisherigen Prokuristen, Hermann Wille, Dr. Egmond Frommelt und Dr. Wal-

notiert und kommentiert...

UdSSR: Sorgenvolles Bauwesen

In dem blendend geschriebenen Tatsachenbericht von Novak über die Lebensbedingungen in der Sowjet-Union, der unter dem ironischen Titel «Uns gehört die Zukunft, Genossen» in deutscher Sprache veröffentlicht worden ist, stehen die Beschreibungen der Wohnungsnot der russischen Bevölkerung durch ihre Eindringlichkeit hervor. Auch heute, 45 Jahre nach der Grundsteinlegung zum «Sowjetparadies» lebt der Grossteil der Familien in den russischen Städten praktisch immer noch in einem einzigen Zimmer; in vielen Fällen haben sich sogar mehrere Familien in einen Raum zu teilen, der dann durch «spanische Wände», an einer Leine hangende Bettlaken und quer gestellte Möbelstücke unterteilt wird. Die Menschen haben sich unter solchen Umständen auch an die peinlichsten Szenen eines ungewollten, intimen Zusammenlebens zu gewöhnen; und höchstens der Spaziergang im öffentlichen Park kann einen mangelhaften Ersatz für das nicht existierende «stille Kämmerlein» bieten.

Die katastrophale Wohnungsnot in der Sowjet-Union ist teilweise darauf zurückzuführen, dass unter Lenin und Stalin die Investitionen vorzüglichweise in die Schwerindustrie geleitet worden sind unter Vernachlässigung aller anderen wirtschaftlichen Sektoren. Die Konsumgüterindustrie und der Wohnungsbau gehörten jahrzehntelang zu den Aschenbrödeln der sowjetischen Entwicklungspläne. Dies änderte sich erst unter Malenkow, der dem Volk einen rasch steigenden Lebensstandard versprach. Auch Chruschtschow, obwohl ein Rivale und Feind Malenkows, hat sich für eine verstärkte Berücksichtigung des Lebensstandards ausgesprochen. Ein viel stärkerer Akzent als vorher wurde deshalb in den vergangenen Jahren der Landwirtschaft, der Leichtindustrie und dem Bauwesen zuteil, was in den respektiven Wirtschaftsplänen zum Ausdruck kam.

Allein, die Aufstellung eines Planes ist das eine; die Verwirklichung der Pläne ein anderes! Zwar konnte ein gewisser Nachholbedarf an Wohnungen - vor allem in den zum Teil stark zerstörten Städten des westlichen Teiles der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) und in der vom Krieg stark heimgesuchten Ukraine - befriedigt werden. Aber die Pläne für das Investitionswesen auf dem Bausektor wurden regelmässig nicht erfüllt. Der Neuwohnungsbestand hat die Bevöl-

kerungszunahme seit 1939 nur knapp überrundet, so dass heute proportional zur Bevölkerungszahl der Sowjet-Union nur wenig mehr Wohnraum effektiv zur Verfügung steht als unter Stalin. Der Bericht über die Planerfüllung pro 1962 zeigt sogar deutlich, dass die Steigerung der Bautätigkeit wie schon in den letzten Jahren wiederum relativ abgenommen hat. Die durchschnittliche Grösse einer Stadtwohnung wies im Jahre 1962 gemäss den offiziellen Zahlen lediglich knapp über 40 Quadratmeter auf - 4 Schritte breit und 10 Schritte lang!

Chruschtschow, der, wie bereits gesagt, Malenkows Richtlinien für einen höheren Lebensstandard nicht zugleich mit Malenkow über Bord geworfen hat, sondern die Politik der «Partei-Feinde» zu seiner eigenen macht, gibt sich über diese Missstände völlig Rechenschaft. Schon in der Plenum-Sitzung im vergangenen November wurden die Zustände im Bauwesen gezeisselt; und nun, Ende April, anlässlich einer mehrere Stunden dauernden Rede vor Baufachleuten in Moskau, brachte der sowjetische Ministerpräsident sein ganzes rhetorisches Arsenal zur Anwendung, um die «Leute vom Bau» mit beissendem Spott, ja sogar mit handgreiflichen Drohungen zu überschütten. Die Kräfte würden zersplittert, sagte Chruschtschow. Man müsse in der RSFSR mit Bauzeiten von mehreren Jahren rechnen; in mehreren Fällen hätte er

festgestellt, dass die Bauzeit zehn Jahre und noch länger gedauert habe. Statt Objekte fertigzustellen, würden immer neue Bauten in Angriff genommen. Man müsse die säumigen Bauführer und Konstrukteure nun bestrafen. Eine radikale Aenderung im ganzen Bauwesen tue not.

Die Anwesenden, denen in dieser unmissverständlichen Weise der Kopf gewaschen wurde, schauten betroffen zu Boden. Nur zu wahr ist, was Chruschtschow so unverblümt ausgesprochen hat. Sie werden auf ihre Bauplätze zurückkehren und nächstelang darüber nachsinnen, was sie tun könnten, um der drohenden Bestrafung aus dem Wege zu gehen. Sie werden Gründe finden, warum es nirgends vorwärts geht; der säumige Zementlieferant ist schuld, und die Ziegelsteine waren nicht von der richtigen Grösse, die Vorarbeiter sind aufsässig und die Arbeiter faul, das Plansoll ist ganz einfach verrückt, von diesen albernem Theoretikern im Planungsbüro ohne Sachkenntnis ausgeheckt, und die Wasserrohre sind nicht stark genug, die Kanalisation nicht vorbereitet... Tausend Gründe werden sie finden. Aber der wahre Grund, dass das kommunistische Plansystem von Grund auf falsch ist, weil es die Antriebe der menschlichen Leistung paralyisiert, diesen Hauptgrund und Kardinalpunkt ist man befohlenerweise verpflichtet zu übersehen. Luzius